



Haushalts- und Finanzausschuss

75. Sitzung (öffentlicher Teil)^{*)}

23. Januar 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 13:30 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenografen: Thilo Rörtgen, Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
1 Auswirkungen von Stellenabbau und Filialschließungen der Bundesbank auf NRW	1
Präsident Friedel Fleck berichtet dem Ausschuss.	1
Anschließend beantwortet er Fragen der Abgeordneten.	6
2 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004 und 2005	9
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksachen 13/4502, 13/4582, 13/4614 Drucksache 13/4660 (1. Ergänzung) Drucksache 13/4860 (2. Ergänzung) <u>in der Fassung nach der 2. Lesung</u> Drucksache 13/4817 Vorlagen 13/2596 und 13/2640 Schlussberatung und Abstimmung zur 3. Lesung	

^{*)} Vertraulicher Teil mit TOP 9 s. Vertr. APr 13/40

(Der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses - Drucksache 13/5002 - enthält im Wesentlichen die in der Sitzung abgegebenen Stellungnahmen, den Wortlaut aller gestellten Anträge sowie die Abstimmungsergebnisse. In diesem Protokoll werden nur die Diskussionsbeiträge wiedergegeben, die über die Darstellung in dem genannten Bericht hinausgehen.)

Entlastung der Kommunen von Wohngeldanteilen

9

In der Schlussabstimmung **empfiehlt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den Gesetzentwurf in der Fassung nach der 2. Lesung unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen **anzunehmen**.

Berichterstatter: Erwin Siekmann (SPD)

3 Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW)

10

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4500 (Neudruck)
Drucksache 13/4660 (1. Ergänzung)
Drucksache 13/4860 (2. Ergänzung)

in der Fassung nach der 2. Lesung

Drucksachen 13/4800 bis 13/4806, 13/4808 und 13/4810 bis 13/4816

Vorlagen 13/2592, 13/2597, 13/2637, 13/2640 und 13/2641

Schlussberatung und Abstimmung zur 3. Lesung

(Der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses - Drucksache 13/5000 - enthält im Wesentlichen die in der Sitzung abgegebenen Stellungnahmen, den Wortlaut aller gestellten Anträge mit Begründung sowie die Abstimmungsergebnisse. In diesem Protokoll werden nur Diskussionen wiedergegeben, die sich nicht vollständig dem genannten Bericht entnehmen lassen.)

Diskussion offener Punkte

10

Generelle Diskussion

11

Antrag allgemein/01 aller Fraktionen

13

SPD/GRÜNE-Antrag 10/04

14

SPD/GRÜNE-Antrag auf Einfügung eines § 7c Haushaltsgesetz

15

In der Schlussabstimmung **empfiehlt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den Gesetzentwurf in der Fassung nach der 2. Lesung unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen **anzunehmen**.

Berichterstatter: Volkmar Klein (CDU)

4 Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2003 bis 2007 16

Unterrichtung durch die Landesregierung
Drucksache 13/4501

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag ohne Diskussion gegen eine Stimme aus der Fraktion der CDU, im Übrigen mit Zustimmung der Abgeordneten aller Fraktionen, die Finanzplanung **zur Kenntnis zu nehmen**.

Berichterstatter: Volkmar Klein (CDU)

5 Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 5 Schulfinanzgesetz (VO zu § 5 SchFG) für das Schuljahr 2004/2005 16

Vorlagen 13/2536 und 13/2576

Der Ausschuss **stimmt** der Verordnung ohne Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP **zu**.

6 Gesetz zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe (Bürokratieabbaugesetz OWL) 16

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/4586

Nach kurzer Aussprache **beschließt** der Ausschuss einstimmig, den Gesetzentwurf **ohne Votum** an den federführenden Ausschuss weiterzuleiten.

7 Hochschulpersonal effektiv und flexibel einsetzen: Beschäftigung nach BAT beenden und neuen Wissenschaftstarifvertrag einführen 17

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4616

Nach kurzer Verfahrenserörterung **beschließt** der Ausschuss einstimmig, den Unterausschuss "Personal" zu beauftragen, ein - von der FDP-Fraktion beantragtes - **Expertengespräch** durchzuführen.

8 Verschiedenes 18

Der Ausschuss **beschließt** einvernehmlich, sich an der Anhörung des AGS-Ausschusses zum Gesetz zur Weiterentwicklung der Stiftung des Landes für Wohlfahrtspflege **nachrichtlich zu beteiligen**.

Anschließend nimmt der Ausschuss Ausführungen von Minister Jochen Dieckmann (FM) zum vorläufigen Jahresabschluss 2003 entgegen.

9 Hingabe von Kunstgegenständen an Zahlungs statt gemäß § 224a AO 19

Vertrauliche Vorlage 13/28

Der Ausschuss **beschließt** einstimmig, **vertraulich zu beraten** (s. Vertr. APr 13/40).

2 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004 und 2005

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/4502, 13/4582, 13/4614
Drucksache 13/4660 (1. Ergänzung)
Drucksache 13/4860 (2. Ergänzung)

in der Fassung nach der 2. Lesung
Drucksache 13/4817

Vorlagen 13/2596 und 13/2640

Schlussberatung und Abstimmung zur 3. Lesung

(Der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses - Drucksache 13/5002 - enthält im Wesentlichen die in der Sitzung abgegebenen Stellungnahmen, den Wortlaut aller gestellten Anträge sowie die Abstimmungsergebnisse. In diesem Protokoll werden nur die Diskussionsbeiträge wiedergegeben, die über die Darstellung in dem genannten Bericht hinausgehen.)

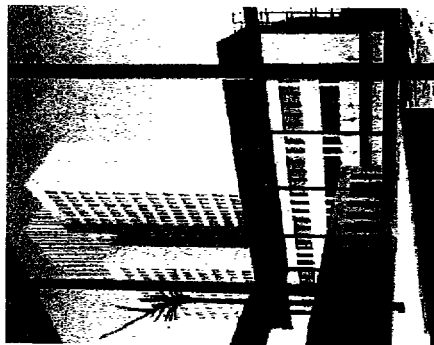
Entlastung der Kommunen von Wohngeldanteilen:

Zu den Fragen der CDU-Fraktion zu der Entlastung der Kommunen von Wohngeldanteilen in Höhe von 405 Millionen € aufgrund der Hartz-IV-Gesetzgebung erläutert **MDgt Dr. Berg (FM)** näher, die Gesamtausgaben für das Wohngeld beliefen sich brutto auf rund 1 Milliarde €. Davon seien 810 Millionen € brutto für das Jahr 2005 durch die zweite Ergänzungsvorlage abgesetzt worden. Das seien netto 405 Millionen €. Es sei also nicht der Gesamtbetrag aufgelöst worden, weil ein Teil der Wohngeldzahlungen auch weiterhin vom Land geleistet werden müsse. Die Berechnung sei vom Fachressort so mitgeteilt worden.

Minister Jochen Dieckmann (FM) macht deutlich, dass der Vorschlag, in das komplizierte Be- und Entlastungsmodell nach Hartz IV das Wohngeld einzubeziehen, aus dem kommunalen Raum, und zwar von Vertretern beider großer Volksparteien, vorgebracht worden sei.

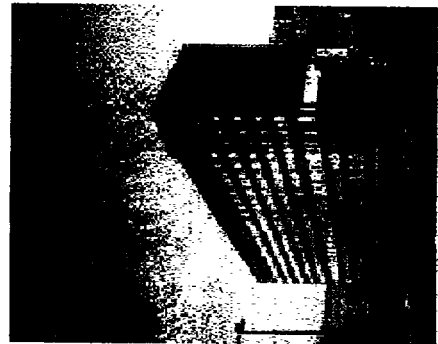
Vorsitzender Volkmar Klein bittet das Finanzministerium, einmal schriftlich darzustellen, wie die 405 Millionen € herzuleiten seien, und das dem Ausschuss zu übermitteln.

Auswirkungen von Stellenabbau und Filialschließungen auf den Bereich der Hauptverwaltung Düsseldorf der Deutschen Bundesbank



Friedel Fleck

Präsident der
Hauptverwaltung Düsseldorf
der Deutschen Bundesbank



**Ausführungen anlässlich der 75. Sitzung des Haushalts-
und Finanzausschusses des Landtags NRW
am 23. Januar 2004 in Düsseldorf**

Aufbauorganisation (seit 30. April 2002)

Vorstand (8 Mitglieder)

**Präsident, Vizepräsident,
2 weitere Mitglieder
(Bestellung durch den
Bundespräsidenten auf
Vorschlag der Bundes-
regierung)**

**4 weitere Mitglieder
(Bestellung durch den
Bundespräsidenten auf
Vorschlag des Bundesrates
im Einvernehmen mit der
Bundesregierung)**



**9 Hauptverwaltungen
Leitung durch den Präsidenten der Hauptverwaltung
(Präsident untersteht dem Vorstand)**



**Filialen
(Filialen unterstehen der zuständigen Hauptverwaltung)**

Entscheidungen des Vorstandes

→ Strukturreform:

Zahlreiche Beschlüsse zur Reform der inneren Struktur und Aufgabenverteilung zwischen Zentrale, Hauptverwaltungen und Filialen

→ Straffung des Leistungsangebots:

Konzentration des Dienstleistungsangebots im Barzahlungsverkehr, aber auch in anderen Geschäftsfeldern auf das Kerngeschäft

Anpassung der Filialstruktur an veränderte Rahmenbedingungen

- **fortschreitende Automatisierung von Bankdienstleistungen**
- **Konzentration im Bankgewerbe**
- **gravierende Änderungen in der Notenbankrefinanzierung**

Konsolidierungsprozess im Filialbereich

1. Schritt

Beschluss vom 8. Mai 2002

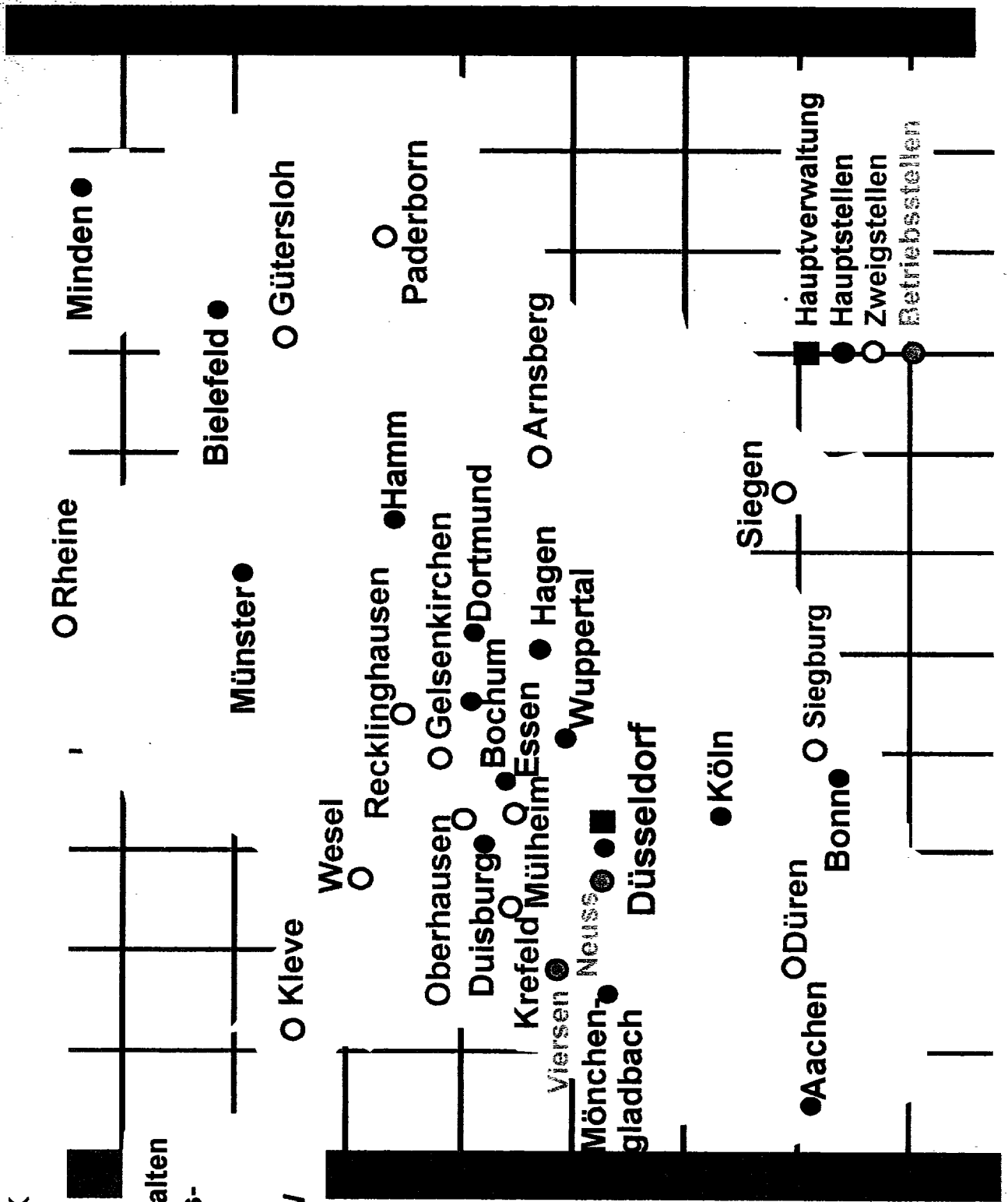
**Umwandlung der 52 ehemaligen Zweigstellen in
unselbstständige Betriebsstellen**

**Schließung innerhalb von 5 Jahren, spätestens zum
30. April 2007 (14 in NRW)**

Stand: April 2002

DEUTSCHE
BUNDESBANK
HAUPTVERWALTUNG
DÜSSELDORF

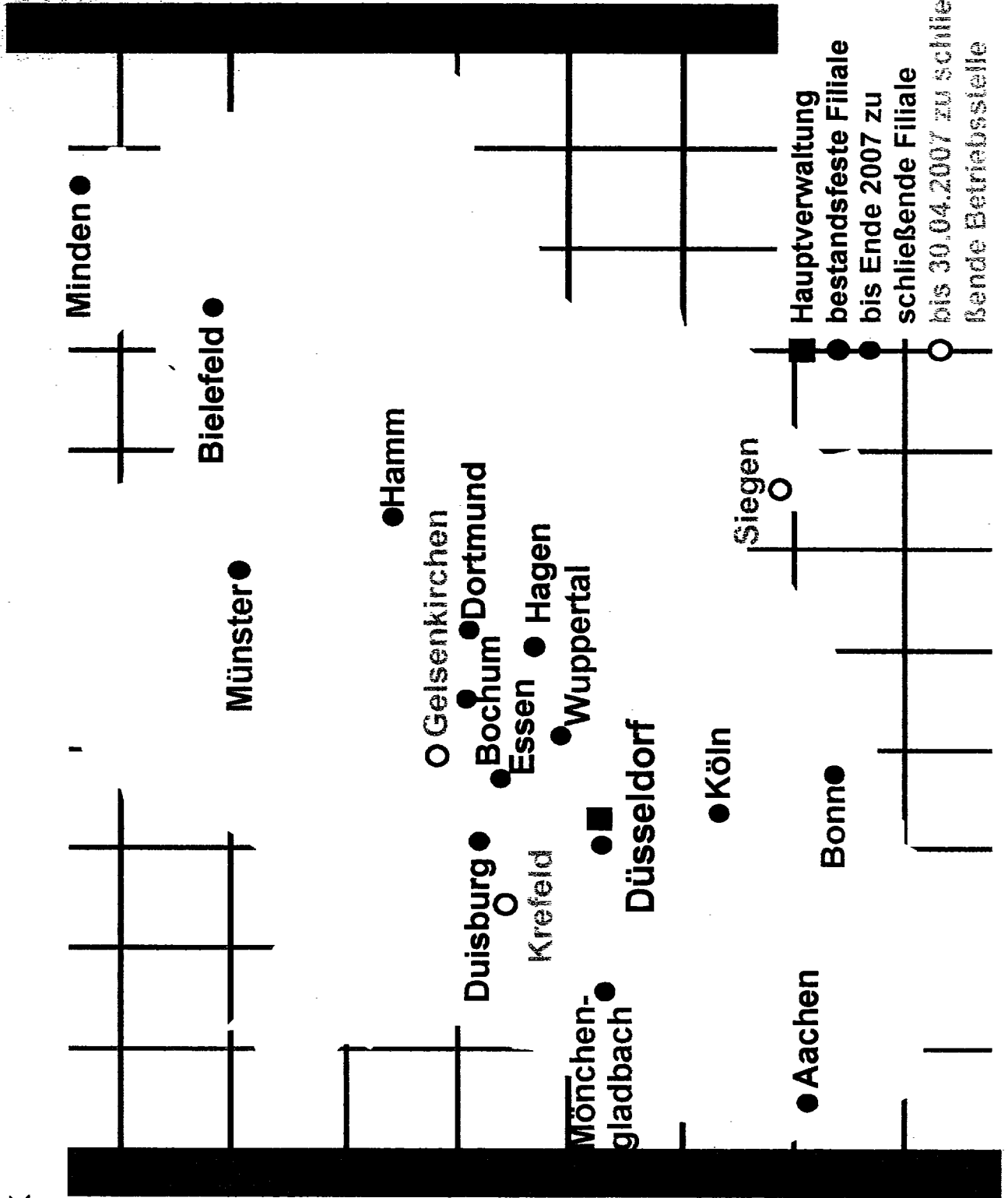
132 Zweiganstalten
im Bundes-
gebiet,
darunter
29 in NRW



Stand: Ende März 2004

DEUTSCHE
BUNDESBANK
HAUPTVERWALTUNG
DÜSSELDORF

66 Filialen
im Bundes-
gebiet,
darunter
15 in NRW



Konsolidierungsprozess im Filialbereich 2. Schritt

Beschluss vom 30. Oktober 2003

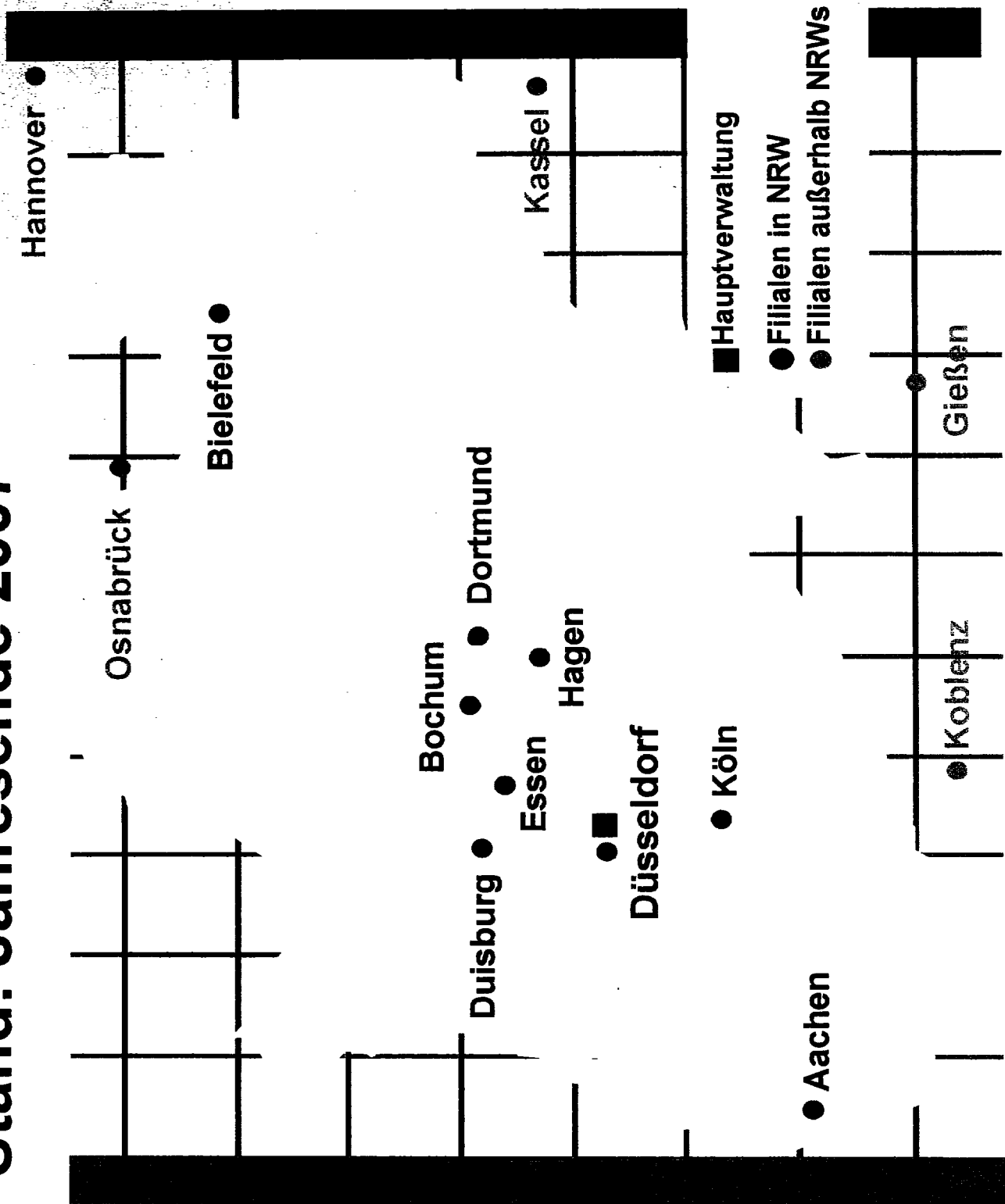
Schließung weiterer 19 Filialen bis Ende 2007 (6 in NRW)

**→ Konzentration auf bundesweit 47 Standorte
(davon 9 in NRW)**

Stand: Jahresende 2007

DEUTSCHE
BUNDESBANK
HAUPTVERWALTUNG
DÜSSELDORF

47 Filialen
im Bundes-
gebiet,
darunter
9 in NRW



Kriterien der Standortauswahl

- **Kundenstruktur**
- **Geldaufkommen**
- **Verkehrsanbindung**
- **bauliche Gegebenheiten**
- **Personalsituation**

Auswirkungen der Konzentration

- **wirtschaftlichere Geldbearbeitung/Abbau von Überkapazitäten**
(jährliche Einsparungen in Höhe von ca. 70 Mio. €)
- **Präsenz der Deutschen Bundesbank in der Fläche bleibt im Grundsatz erhalten**
- **Versorgung mit Notenbankdienstleistungen bleibt sichergestellt**
- **ausgewogene Verteilung der Filialen in Bezug auf Bevölkerungszahl, Flächenabdeckung und Wirtschaftskraft weiterhin gegeben**

Personalwirtschaftliche Aspekte

- **Die Schließung von 19 Filialen betrifft ca. 1.550 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.**
- **Die notwendigen personellen Maßnahmen werden so sozialverträglich wie möglich gestaltet.**
- **Auf betriebsbedingte Kündigungen wird verzichtet, allerdings erhöhte Anforderungen an Mobilität und Flexibilität der Mitarbeiter/innen.**
- **Im Vergleich zum Beginn 2003 wird Ende 2007 gut ein Viertel der Stellen abgebaut sein.**